

Es gibt keine stabile Regierung in einem Land, das von der Politik als Ansammlung von Bedürftigen behandelt wird. Das Weiter-So entfernt Deutschland immer weiter von seinen bürgerlichen Grundlagen.  
(Eine bürgerliche Agenda für Deutschland, Teil 1)

## Ein Regime der Abhängigkeiten

23. Januar 2018, Gerd Held

Das also ist die „stabile Regierung“, die man uns versprochen hat. Wir haben ein knappes Pro-Groko-Votum der SPD. Daran soll das Schicksal Deutschlands hängen. Mehr noch, Politiker und Hofberichterstatter tun so, als ginge es um die Regierbarkeit Europas – und warum nicht gleich der ganzen Welt?

Bei näherem Hinsehen geht es bloß um weitere Sozialleistungen, auch das Thema „Europa“ buchstabiert sich in neuen Transfers. Und natürlich das Thema „Migration“. Noch mehr vom Gleichen! Das ist die wahre Endlos-Schleife, in der sich die SPD dreht. Die SPD - was schreibe ich da? Es ist natürlich das Merkelsche „Gut und gerne leben in Deutschland“, das über allem steht und die verschiedenen Wichtigtuer parteiübergreifend Spalier stehen lässt. Die SPD hat also für Groko-Verhandlungen gestimmt. Und dann? Nehmen wir einmal an, dass es wirklich zum Abschluss eines Koalitionsvertrags kommt. Dann folgt die erste Regierungswoche und irgendetwas ereignet sich. Sofort wird es neue Forderungen geben und die Koalition ist schon wieder im Verhandlungsmodus.

Spätestens dann wird klar, dass das „Sondieren“ nicht eine Übergangsphase war, sondern der eigentliche Grund- und Dauerzustand der deutschen Politik ist. Denn jede Partei und all die Untergruppierungen, in die die Volksparteien längst zerfallen sind, müssen ständig darauf bestehen, dass für sie etwas Besonderes abfällt, mit dem sie sich profilieren können. Und von dieser Profilierung sind sie abhängig, denn die Form der Politik - das endlose „Regime“ der Politik – besteht ja darin, dass sie Zuwendungen verteilt. Jedes Problem muss mit zusätzlichem Geld, zusätzlichen Posten, zusätzlichen Rechtsansprüchen bedient werden.

Das ist das Endprodukt jener „Mitte“, in der der einst so bewunderte Merkelismus driftet. Kein festes Ufer ist mehr in Sicht. Und deshalb wird es in Deutschland in dieser wabernden Mitte keine stabile Regierung mehr geben.

Hier geht es nicht nur um „schlechte Politiker“, die Mist bauen. Die Instabilität hat System. Herrschaftssysteme, die nicht auf die Leistungsstärke und die Bestände eines Landes bauen, sondern für ihre Macht eine schwache und abhängige Gesellschaft brauchen, enden so. Sie enden in dem gleichen Zustand der Instabilität, den sie vorher in der Gesellschaft förderten. Sie geraten in eine Spirale von immer neuen Zuwendungen und Abhängigkeiten. Sie verlieren ihre Bindungskraft und damit ihren Zusammenhalt. Diese Spirale ist in der Abfolge der verschiedenen großen Koalitionen unter Merkel nachweisbar.

Es ist frappierend: Selbst eine ganz außerordentlich gute Wirtschaftskonjunktur konnte keine große politische Bindungskraft erzeugen.

Wir leben nicht mehr in „bürgerlichen Zeiten“

Sieht man die gegenwärtige Regierungslosigkeit in diesem Zusammenhang, liegen größere historische Vergleiche nahe. Sie ist keine „Delle“ im normalen Gang der jüngeren deutschen Politik. Sie gibt Anlass für Zweifel, ob wir noch in „bürgerlichen Zeiten“ leben. Ob wir also noch auf die Grundsicherheiten und das Grundvertrauen bauen können, das den territorialen Verfassungsstaat und die unternehmerische Marktwirtschaft auszeichneten. Heute sind – zum Beispiel im Finanzwesen und in der Sicherheit staatlicher Grenzen – diese Grundelemente außer Kraft gesetzt und durch Provisorien und eine Politik der Gefälligkeiten überwuchert.

Wir sind es gewohnt, wirtschaftliche und politische Vorgänge in den klassischen bürgerlichen Begriffen zu fassen und tun dies noch heute. Aber das ist im Grunde falsch. Unsere Welt wird gegenwärtig nicht mehr „bürgerlich“ geführt. Gewiss stellen Bürgertum und Arbeiterschaft einen großen Sektor unserer Bevölkerung dar, aber ein Blick auf CDU und SPD zeigt, wie wenig er die Formen des politischen Lebens bestimmt.

Das „Regime“, das die Gesellschaft in der Endlos-Schleife immer neuer Zuwendungen und Abhängigkeiten gefangen hält, ist nicht bürgerlich. Es ist post-bürgerlich. Das ist nicht etwas ganz und gar Neues, sondern erinnert in mancher Hinsicht an politische Ordnungen in vormodernen Zeiten.

*„Gelangweilt und verständnislos stehen sie alle vor der mächtig anströmenden Zeit“*

Ein Stichwort kommt einem in den Sinn: „Versailles“. Nicht das Versailles des 17. Jahrhunderts, das die Kraftlinien der französischen Nation bündelte, sondern das Versailles des ausgehenden 18. Jahrhunderts, das die Veränderungen im Lande und in der Welt nicht mehr wahrnahm. Es gibt ein Buch, das in wunderbar anschaulicher Weise schildert, wie die höfische Gesellschaft in Versailles diese Realitäten auf eine geradezu bizarre Weise verkannte und deshalb politisch versagte: Stefan Zweigs „Marie Antoinette“. Es ist kein wissenschaftliches Buch, sondern eine literarische Biographie, die aber sehr sorgfältig und mit einem Blick für Details recherchiert ist. Es geht weder um eine große Anklage noch um eine große Entschuldigung des Ancien Regime. Es geht um eine tiefere Verirrung.

Zweig zeigt, wie den Hauptakteuren das Milieu, das sie für „die Gesellschaft“ halten, und der Ort, den sie für „die Welt“ halten, zur Falle wird. „*Gelangweilt und verständnislos stehen sie alle vor der mächtig anströmenden Zeit*“, heißt es an einer Stelle. Vielleicht könnte man vom Versailles-Syndrom sprechen. Wichtiger als die Schilderung der Revolutionstage vom Juli 1789 sind dabei die Buch-Kapitel über die Vorgeschichte dieser Zuspitzung. Über die scheinbar ungefährdete soziale Hegemonie der höfischen Gesellschaft, die dann doch erstaunlich rasch ihre Stabilität verlor. Zweig markiert sehr präzise die Stellen, an denen dies Ancien Regime seine Bewährungsproben verfehlte und an denen seine Mechanismen versagten.

Das Stichwort „Versailles“ ist auch insofern interessant, als es um das Thema „Abhängigkeiten“ geht. Das französische Ancien Regime beruht darauf, dass der Adel abhängig gemacht wurde, indem er von seiner lokalen und regionalen Machtbasis getrennt wurde und „bei Hofe“ angesiedelt und von der Schatulle und der Rollenzuweisung des Königs abhängig gemacht wurden. Norbert Elias spricht in seiner Studie „Die höfische Gesellschaft“ von einer „**Verho-**

**fung**“ der Aristokratie (und auch einer Führungsschicht des Bürgertums). Er beschreibt auch sehr genau, wie das Abhängigkeit-Machen in einer Kombination aus Enteignen und Fördern bestand. Bei der Verhofung gewann die Aristokratie etwas und verlor etwas. Man könnte den Mechanismus als „**Heben und Beherrschen**“ bezeichnen. Dies Regime war – in einem gewissen Rahmen – durchaus effizient, aber es war gegenüber den wachsenden Kräften des Bürgertums (und später den arbeitenden Unterschichten) ein lähmendes, reaktionäres Regime.

## Die Regime-Frage

Im deutschen Sprachgebrauch wird „Regime“ sofort mit einem totalitären Regime gleichgesetzt. Aber im Französischen wird darunter allgemeiner jede Ordnung politischer Macht verstanden (und auch eine Gesundheits-Diät wird als „Regime“ bezeichnet). In diesem Sinn geht es Norbert Elias darum, das Ancien Regime als Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis zu verstehen, das dem Königtum in Frankreich über einen langen historischen Zeitraum eine starke Position verlieh. Natürlich kann man die heutige Situation in der Bundesrepublik nicht mit dem „Ancien Regime“ gleichsetzen. Aber vielleicht es ist gerade jetzt, wo der Merkelismus in eine weitere Runde geht, an der Zeit, die „Regime-Frage“ zu stellen: Wie kommt es, dass eine eher mittelmäßige Persönlichkeit „die Mitte“ beanspruchen kann? Worauf beruht die Bannkraft dieser Mitte, wo doch alle Großprojekte des Merkelismus – von der Klimarettung über die Eurorettung bis zur Migrantenrettung – kostspielige und endlose Baustellen geblieben sind? An dieser Stelle wird der Herrschafts-Mechanismus der „Verhofung der Aristokratie“, den Norbert Elias beim Ancien Regime beobachtet, interessant. Diese Verhofung löst die Aristokratie aus ihrer lokalen und regionalen Machtbasis heraus und manövriert sie in eine komfortabel ausgestattete, aber abhängige Existenz bei Hofe hinein. Die Macht dazu gewann das Königtum aus strukturellen Veränderungen (Zunahme der Geldwirtschaft und Zentralisierung der Steuereinnahmen). Es geht also um die Begründung von Herrschaft durch neue Abhängigkeiten. Das ist der Punkt: Gibt es nicht einen Prozess, der aus der ursprünglichen Selbstständigkeit der bürgerlichen Gesellschaft (Bürgertum und Arbeiterschaft) eine vielfältig abhängige Klientel-Gesellschaft gemacht hat?

In diesen Tagen, wo in Davos jene merkwürdige „Versammlung der 3000“ stattfindet, die für sich in Anspruch nimmt, die Geschicke des Planeten zu lenken, kann man schon manche Parallele zu Versailles entdecken. Auf jeden Fall ist eine kolossale und absurde Zentralisierung zu besichtigen, die die angeblich unaufhaltsame Globalisierung mit sich bringt. Angeblich macht die Globalisierung ja alles offener und großzügiger, aber merkwürdig: Es läuft immer auf dieselben Figuren zu. Das ist auch eine Beobachtung, die man in anderen Zusammenhängen – beim internationalen Tagungs-, Festival- und Kongresstourismus – beobachten kann. Dieser gewaltige Aufwand, der in keinem Verhältnis zum Ertrag steht, sondern eher ein selbstbezogenes, sich immer wieder selbst bestätigendes Milieu zeigt, in dem sich politische, wirtschaftliche, künstlerische und mediale Anliegen diffus vermischen. Auch wenn das alles heute an vielen, wechselnden Orten stattfindet, sondern erinnert es doch an die abgeschlossene Sonderwelt „Versailles“. Und auch das „Narrativ“, die große, alles bewegende Erzählung, die die Global-Eliten so sehr beschwören, gab es schon im höfischen System. Der Hof selber mit seinen Ritualen, seiner sorgfältig abgestuften Architektur, seinen minutiös geordneten Gärten war nichts anderes als ein solches Narrativ, mit dem das ganze Land beeindruckt und beherrscht werden sollte.

## Entbürgerlichung – Einige strukturelle Fakten

Gewiss ist richtig, dass die reale Welt im Jahre 2018 ungleich größer ist. Das Global-Regime ist weit davon entfernt, eine geschlossene, flächendeckende Herrschaft zu bilden. Und doch fällt auf, dass dies Regime gegenwärtig in der Lage ist, viel Wind zu machen. Und es ist mehr im Spiel. Es gibt Strukturen, die neue Abhängigkeiten erzeugen und die das Bürgertums, das einmal der Inbegriff einer Leistungs-Macht war, die auf eigenen Füßen stand, schwächen. Im vorigen Jahrhundert konnte man in den entwickelten Ländern davon ausgehen, dass es eine bürgerliche Grundstruktur gab, auf die die Länder in Krisen und bei Fehlentwicklungen immer wieder „automatisch“ zurückkommen und die Kraft zu Korrekturen finden konnten. Doch hier gibt es seit einiger Zeit Verschiebungen. Sie drücken sich in knappen, nüchternen Zahlen aus:

- Circa 44 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts gehen durch die Hände des Staates (bei unserem EU-Hauptpartner Frankreich sind es sogar circa 56%). Das bedeutet eine gewaltige Verfügungsmasse in der Hand eines Politikregimes. Es bedeutet, dass bei vielen unternehmerischen und kulturellen Aktivitäten Staatsgeld und Staats-einfluss eine Rolle spielt.
- Ein Großteil des Staatsanteils geht auf steigende Sozialausgaben zurück. In den Ländern der Europäischen Union werden 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben getätigt, während der EU-Anteil an der Weltbevölkerung nur 7-8 Prozent beträgt. Dies deutet darauf hin, dass in Europa in besonders starkem Maße ein geförderter und alimentierter Gesellschaftssektor aufgebaut wird.
- Die folgenreichste Gesellschaftsveränderung findet nicht „unten“ oder „oben“ statt, sondern in der Mitte. Der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife an der Gesamtheit eines Jahrgangs betrug 1960 7 Prozent und ist bis 2015 auf 53% angestiegen. Das bedeutet eine soziale „Hebung“, die eine extrem aufstiegsabhängige und dadurch fremdgesteuerte Mitte der Gesellschaft erzeugt. Die Akademisierung breiter Schichten ist sozusagen die „Verhofung des Bürgertums“. Es entfremdet sie der Industrie und jeder Produktion im großen Maßstab.
- Die Staatsverschuldung ist in vielen alten Industrieländern auf ein Maß gestiegen, das man früher nur in Kriegszeiten kannte. Aus dem Ausnahme-Szenario der Kriegsschulden ist ein Dauerszenario geworden, das nur noch durch die Zentralbankpolitik des billigen Geldes verlängert werden kann. Damit bewegt sich die Politik außerhalb aller Grundregeln bürgerlicher Haushaltsstabilität.
- Und schon wird auf die Digitalisierung von allem und jedem spekuliert. Sie soll sogar das Leitmedium des Geldes aushebeln und der neue Königsmacher sein.

Das bedeutet, dass die Strukturdaten Deutschlands (und anderer Länder) eine Tendenz anzeigen, die bürgerlichen Schichten (einschließlich der Arbeiterschaft) durch einen abhängigen Sektor von Klientelschichten zu verdrängen. Schon heute hat die bürgerliche Leistung und Verantwortung in vieler Hinsicht nur noch eine sekundäre, dienende Funktion. Man denke nur an die Rolle, die Bürgertum und Arbeiterschaft bei CDU und SPD spielen.

Die „stabile Regierung“ wird beschworen, um über die Instabilität des Landes hinwegzutäuschen

Wie vordergründig und kurzsichtig nimmt sich vor diesem Hintergrund das Unternehmen „stabile Regierung“ aus. Nein, das ist nicht allein die Schuld der SPD, über die sich jetzt die Hofberichterstattung mokiert. Die Suche nach der „stabilen Regierung“ ist Merkels Spielthea-

ter. Damit werden die Blicke nur darauf gelenkt, wie sich eine zukünftige Regierung zusammensetzt. Die „stabile Regierung“ soll die Instabilität des Landes überspielen. Es gibt nicht das geringste Bewusstsein der historischen Dimension der Fehlentwicklungen. Und es darf auch auf keinen Fall entstehen. Wie schon die Jamaika-Sondierungen haben nun auch die GroKo-Sondierungen ein Endlos-Spiel eröffnet, bei dem jede Vereinbarung im Handumdrehen wieder nur ein Zwischenstand ist. Einig ist man sich, dass es nur um diese oder jene Zuwendung für dies oder jenes Klientel geht – und deshalb vor allem um die Profilierung der Beteiligten. Ein höfisches Spiel um Reputation und Einfluss. Versailles lässt grüßen.

*(Manuskript vom 23.1.2018, erschienen bei „Tichys Einblick“ am 25.1.2018)*

Ständig werden in Deutschland neue „Aufbrüche“ beschworen, während es in Wirklichkeit nur ein zwanghaftes Weiter-So gibt. Aber was ist die Alternative?  
(Eine bürgerliche Agenda für Deutschland, Teil 2)

## Eine bürgerliche Agenda für Deutschland: Konsolidieren!

28. Januar 2018, Gerd Held

Die gegenwärtige deutsche Politik hat etwas Scheinhafes und Hochstaplerisches. Sie hält nicht, was sie verspricht. Gerade noch nahm sie für sich in Anspruch, in der Nachfolge Obamas das Weltzentrum des Guten zu sein. Jetzt bringt sie nicht einmal eine stabile Regierung zustande, sondern nur ein kleinliches Verteilungs-Gezerre. Dies Gezerre zieht sich von den Jamaika-Verhandlungen bis in die GroKo-Verhandlungen durch und es wird auch nach einer Regierungsbildung weitergehen. Und zugleich wird die Beschwörung des „Aufbruchs“ (jetzt soll es ein neues Europa sein) weitergehen. Der tiefere Grund für diesen Widerspruch zwischen Schein und Sein liegt darin, dass hier ein Herrschaftssystem am Werk ist, dass auf Abhängigkeiten und Versorgungsleistungen gebaut ist. Ihr fehlt die feste Grundlage und das kritische Maß der bürgerlichen Produktivität, die sowohl dem Bürgertum als auch der Arbeiterschaft zu eigen ist. Beide Gruppen sind gegenwärtig auf eine sekundäre, dienende Funktion reduziert und nichts dokumentiert das deutlicher als die Delegiertenversammlungen der „Volksparteien“ CDU und SPD.

Die Bildung dieses „Regimes der Abhängigkeiten“, wie ich es im ersten Teil dieses Doppel-Essays genannt habe, ist nicht einfach das Werk von schlechten Politikern. Es geht um soziale Verschiebungen. Die Schwächung des bürgerlichen Elements findet zu einer Zeit statt, wo in den frühen Nationen der Moderne die Sphäre der Wertschöpfung, die einst den Aufstieg des Bürgertums begründete, gegenüber der Sphäre der Verteilung und des Verbrauchs an Einfluss verlieren. Die immense Verschuldung, aber auch die Zerstörung der Schutzfähigkeit des Staa-

tes sind Folgen dieser Verschiebung. Die Globalisierung ist daher nicht einfach eine Maßstabsvergrößerung von Politik, Wirtschaft und Kultur, sondern geht mit einer **Entbürgerlichung** einher. Hier droht ein historischer Rückschritt. Denn die Errungenschaften der Moderne – Freiheit, Demokratie, Wohlstand - beruhen letztlich auf der Stärke des bürgerlichen Elements. Dies tragende Element könnte wieder auf jene Sekundärrolle zurückfallen, auf die es in vormodernen Zeiten beschränkt war. Das würde einen Rückfall in Unfreiheit, Unmündigkeit und wirtschaftliche Knappheit bedeuten. Welche Mär ist da die große Erzählung vom „Aufbruch“. Während von einer „ganz neuen“ besseren Welt die Rede ist, droht in Wirklichkeit ein Rückfall in vormoderne Verhältnisse. Während man eine Steuerung des Weltklimas, eine Rettung Afrikas oder eine digitale Weltrevolution in Aussicht stellt, sinkt real die Produktivität der Wirtschaft und der Rechtsstaat ist auf dem Rückzug.

## Welcher Oberbegriff für die politischen Aufgaben in Deutschland?

Wir tun uns noch schwer, das ganze Ausmaß dieses historischen Rückfalls beim Namen zu nennen und jene vormodernen Herrschaftssysteme wieder ins Gedächtnis rufen, mit denen sich Bürgertum und Arbeiterschaft einst auseinandersetzen mussten. Ja, das heutige Regime der Abhängigkeiten hat Parallelen mit dem „Ancien Regime“ des 18. Jahrhunderts. Und die eitle Selbstgewissheit der heutigen „Global Community“ hat Ähnlichkeiten mit der damaligen „höfischen Gesellschaft“. Wir tun uns aber auch schwer, die Aufgaben auf den Begriff zu bringen, die sich im Kampf gegen diesen drohenden Rückfall stellen. Auch ganz aktuell wäre es wichtig, die Veränderungen und Forderungen einer anderen Politik in Deutschland auf einen Oberbegriff zu bringen.

In der neueren Politik ist der Begriff des „Aufbruchs“ ein Schlüsselbegriff geworden. Eine Aufbruchstimmung muss her, heißt es immer wieder. Das ist der drängelnde Sound des „Neustarts“, mit dem die „Mutmacher“ das Land zum „Blick nach vorne“ zwingen wollen. Was mit diesem „Augen geradeaus!“ aus dem Blickfeld geschafft werden soll, ist die Bilanz der bisherigen Politik. Eine Bilanz über Aufwand und Ertrag der „Wenden“ und „Rettungsaktionen“ der letzten Jahre wäre für die Regierenden hochgefährlich. Also veranstaltet man lieber etwas scheinbar „ganz Neues“ und will sich damit der Haftung für das eigene Tun entziehen. Mit anderen Worten: Wo der „Aufbruch“ beschworen wird, ist der Bilanzbetrug schon in vollem Gang.

Wenn aber die großen Aufbrüche zu einem immer ruinöseren und zwanghafteren Weiter-So führen - was kann man dieser Falle entgehen? Unter welchem Oberbegriff sollte sie sich eine politische Alternative formieren? Dabei ginge es nicht nur um das Programm einer bestimmten Partei, sondern um eine Richtung, die Einfluss auf den gesamten Politikbetrieb ausüben kann. Dieser Begriff sollte meines Erachtens die „Konsolidierung“ sein.

## Über das Konsolidieren

„Konsolidieren“ ist eine Maxime, die direkter vor der eigenen Haustür ansetzt und nicht in weite Fernen schweift. Ihre Resultate sind überprüfbarer, weil die Formel, dass alles „auf einem guten Weg“ ist, hier nicht zählt. Konsolidieren ist eine uneitle und praktische Maxime. Unter diesem Oberbegriff lassen sich die meisten dringlichen Aufgaben in Deutschland fassen: Sanierung der Staatsfinanzen durch Abbau der Überschuldung; Sicherung des Industriestandorts Deutschland; Befestigung der Grenzen gegen den zunehmenden Druck willkürlicher Massenmigration; Wiederherstellung des deutschen Energiemixes; Sicherung eines ord-

nungsmäßen Schulbetriebs mit festem Bildungskanon, leistungsgerechten Noten und Schulstufen; Einrichtung eines wirksamen Schutzes des öffentlichen Raumes gegen Gewalt; Wahrung der Errungenschaften unseres Grundgesetzes wie zum Beispiel der Trennung von Kirche und Staat. Konsolidierung ist auch vielfach im Nahraum der Arbeitswelt und des Privatlebens gefragt – wie viele Menschen im Lande sind jeden Morgen vor allem mit der Sorge beschäftigt, dass ihre Mannschaft überhaupt halbwegs vollständig und pünktlich an Deck ist!

Aber ist Konsolidieren nicht langweilig? Wäre eine solche politische Agenda nicht eine Agenda ohne Ehrgeiz? Ganz im Gegenteil. Denn an diesen Stellen laufen heute die wirklich harten Auseinandersetzungen. Die Beschwörung einer „ganz anderen“ Zukunft ist billig. Wir sind in einer historischen Situation, wo die eigentliche Front dort verläuft, wo ein bestimmtes Niveau gehalten werden muss, und wo bestimmte Errungenschaften verteidigt werden müssen. Diese Aufgabe der Selbstbehauptung gilt auch für die Außenbeziehungen unseres Landes – in einer zunehmend pluralistischen Welt, in der sich die Macht auf mehr Akteure verteilt hat, geht es nicht darum, unter neuen Vorzeichen noch einmal mit der alten Führungsrolle Europas zu liebäugeln. Es geht darum, unseren Platz in einem unwiderruflich vergrößerten Kreis entwickelter Länder zu behaupten. Die Idee von einer neuen „Führungsrolle in der Welt“, die ja in der Globalisierungs-Idee immer mitschwingt, ist eine Idee von gestern. Sie gehört zum Ancien Regime unserer Gegenwart. Europa hat nun definitiv mit einer Welt zu tun, die viel größer ist als es selbst. Da ist sie, die „mächtig anströmende Zeit“ (Stefan Zweig) unserer Tage.

Wir müssen lernen, dem trügerischen Versprechen immer neuer Aufbrüche zu widerstehen. Es lenkt von der Abbruchbewegung ab, die das wirkliche Problem unserer Zeit ist. Von der großen Destruktionsbewegung, die durch die „frühen“ Nationen der Moderne geht. Ja, es gibt eine Relativierung der früheren Vormachtstellung dieser Nationen. Aber die postmoderne und postindustrielle Verabschiedungs-Mentalität, die daraus im Westen entstanden ist, ist eine ganze falsche (und unnötige) Antwort auf diesen Verlust. Wir müssen lernen, dass die Konsolidierung der „frühen Nationen“ der Moderne mit ihren vielfältigen inneren Kräften unsere Hauptaufgabe in diesem Jahrhundert ist. Und dass sie eine lösbare und ehrenvolle Aufgabe ist.

## Der Mechanismus der Abhängigkeiten

Der täuschende Schein der großen „Aufbrüche“ ist nicht das einzige Problem. Es geht um tatsächliche Abhängigkeiten. Es gibt heute einen beträchtlichen gesellschaftlichen Sektor, dessen Existenz nicht auf Eigenleistung beruht, sondern von fremder Zuwendung abhängig ist. Beim „Ancien Regime“ gab es einen bestimmten Mechanismus, den man mit „Heben und Herrschen“ beschreiben kann: die Aristokratie wurde mit Zuwendungen von ihrer ursprünglichen Existenzbasis im Land entfremdet und bei Hofe zusammengezogen, wo sie sich glanzvoll präsentieren konnte, aber von der Gunst des Königs abhängig war. Diese „Verhofung“ ist heute in einer anderen Form (und ohne einen Zentralort wie „Versailles“) bekannt als „rent seeking society“. Damit ist ein Gesellschaftssektor gemeint, der von „Renten“ (Einkommen, die in keinem Verhältnis zu einer eigenen Leistung stehen). Der Hauptverteiler dieser Renten scharft eine klientelistische Gesellschaft um sich, die ängstlich bemüht ist, ihre Positionen zu wahren und in der Verteilungshierarchie möglichst aufzusteigen. Wenn man bedenkt, dass heute in Deutschland 44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts über den Staat verteilt werden (in Frankreich sind es noch 10 Prozent mehr), kann man sich vorstellen, welche Kreise dieser Mechanismus ziehen kann. Hinzu kommt, dass im Zeitalter eines allgegenwärtigen Keynesia-

nismus auch das Wirtschaftsleben stark von der finanziellen „Animation“ durch fremde Hand abhängt. Man könnte geradezu von einer „keynsianischen Mittelklasse“ sprechen, die dieser Politik ihre „gehobene“ Stellung verdankt und deren Größe in keinem vernünftigen Verhältnis zur produktiven, bürgerlichen Basis steht. So entsteht ein ganzer gesellschaftlicher Block im Land, der nun dauerhaft jenseits aller bürgerlichen Vernunft agiert. Auch der Irrsinn der großen Weltrettungsprojekte – von Klima bis Migration – hat letztlich hier seine Quelle. Und wie tief dies Regime der Abhängigkeit alles durchdrungen hat, kann man daran sehen, dass ein Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes zum absoluten Tabu geworden ist. Da liegt die eigentliche Endlos-Schleife unserer Zeit und auch das „ganz neue“ Europa ist darauf programmiert.

## Konsolidierung als bürgerliche Aufgabe

Wenn also die Schwäche des bürgerlichen Elements an diesem Mechanismus der Abhängigkeit liegt, dann bekommt der Leitbegriff „Konsolidierung“ einen erweiterten Sinn. Die Konsolidierung muss ganz wesentlich darin bestehen, dass sich die Bürger gegen die verführerischen Abhängigkeiten immunisieren. Die Wiedereroberung der bürgerlichen Freiheit kann nur gelingen, wenn sie mit einem stabilisierenden Rückbau beginnt. Und wenn dieser auch in der Lebensführung, im beruflichen Alltag, in der Wahl der Bildungsgänge und der Berufswahl stattfindet. Die Konsolidierung muss den eigenen Haushalt und den eigenen Betrieb ebenso umfassen wie das eigene Land. Das „Ancien Regime“ hatte erst ausgespielt, als das bürgerliche Element die Stärke und Eigenständigkeit gewonnen hatte, um sich aus dem Gunst- und Bannkreis der „höfischen Gesellschaft“ zu lösen.

Deshalb sollte man sich nicht allzu sehr vom Hin und Her um die „stabile Regierung“ beeindrucken lassen und eine gesunde Distanz zu den angeblich so wichtigen Fragen aufzubauen. Wichtiger ist gegenwärtig manchmal eine „kleinere“ Entscheidung: zum Beispiel die Entscheidung eines jungen Menschen, ob er eine akademische Laufbahn einschlagen will und sich damit stark von fremder Hilfe und Zufällen abhängig macht, oder ob er eine Berufsausbildung macht, die weniger glanzvoll ist, aber ihm sicherer eine eigenständige Existenz ermöglicht. Eine solche Entscheidung ist nicht in Wirklichkeit gar nicht klein, sondern gehört zur großen Auseinandersetzung um Freiheit und Unfreiheit in diesem Land.

*(Manuskript vom 28.1.2018, erschienen bei „Tichys Einblick“ am 30.1.2018)*